

Sehr geehrte Frau Kubisch-Piesk,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2021.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

PERSONALSCHLÜSSEL ENTSCHEIDEN ÜBER QUALITÄT UND ARBEITZUFRIEDENHEIT IN DER SOZIALEN ARBEIT. IN JUGENDÄMTERN FEHLEN BUNDESWEITE, VERBINDLICHE STANDARDS. WIE KANN IHRER MEINUNG NACH UMGESETZT WERDEN, DASS PERSONALBEMESSUNGSMODELLE FLÄCHENDECKEND EINGEFÜHRT UND QUALITÄTSSTANDARDS GELTEN?

Wir Freie Demokraten setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und Versorgungsqualität ein. Aber anstatt fixer Quoten und Reglementierung wollen wir mit mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf attraktiv bleibt.

DIE CORONA-PANDEMIE FÜHRT ZU ERHEBLICHEN LERN- UND SOZIAL-EMOTIONALEN ENTWICKLUNGSDEFIZITEN BEI KINDERN, JUGENDLICHEN UND JUNGEN ERWACHSENEN. WIE PLANEN SIE IN ANBETRACHT DER AKTUELLEN SITUATION EINEN AUSBAU DER SCHULSOZIALARBEIT AN ALLEN SCHULEN?

Wir Freie Demokraten fordern, dass Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an jeder Schule verfügbar sein sollen. Wir setzen uns daher für einen flächendeckenden Ausbau ein. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter leisten einen Beitrag, um junge Menschen nicht nur in ihrer schulischen, sondern auch in ihrer persönlichen, beruflichen und sozialen Entwicklung zu fördern. Im Laufe der letzten Jahre ist die Schulsozialarbeit an den Schulen ein essenzieller Bestandteil für einen geregelten Schulalltag geworden und muss vor dem Hintergrund der sich ständig wandelnden Gesellschaft permanent ausgebaut, überarbeitet und intensiviert werden. Diese Aufgabe müssen Bund und Länder gemeinsam lösen.

LAUT ANGABEN DER FRAUENHAUSKOORDINIERUNGEN FEHLEN IN DEUTSCHLAND 14.200 FRAUENHAUSPLÄTZE. NOCH IMMER IST DAS HILFESYSTEM UNGENÜGEND AUSGEBAUT UND CHRONISCH UNTERFINANZIERT. WAS WERDEN SIE TUN, UM DIESE VERSORGUNGSLÜCKE ZU SCHLIEßEN?

Die Fragen 3 und 4 werden im Zusammenhang beantwortet.

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Bund und Länder müssen hier intensiver zusammenarbeiten. Gerade während der Corona-Pandemie haben wir einen besorgniserregenden Anstieg von Fällen häuslicher Gewalt und die Verlagerung von Straftaten in den digitalen Raum erlebt. Die Behörden müssen daher ihre Anstrengungen intensivieren, um insbesondere Frauen und Kinder besser zu schützen.

Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen.

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Polizei und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein. Außerdem wollen wir eine besser ausgebaute und institutionalisierte präventive und sowie repressive Täter- und Täterinnenarbeit.

Frauen, aber auch Männer müssen, wenn sie Gewalt erlitten haben, schnell und unkompliziert Schutz erhalten. Wir brauchen ein ganzheitliches Konzept, das insbesondere die Präventionsarbeit als wesentlichen Bestandteil umfasst und eine bessere Koordinierung der beteiligten Akteure beinhaltet. Projektarbeit, zum Beispiel an Schulen, kann oftmals aufgedeckte Fälle häuslicher Gewalt nicht weiterverfolgen, da die Vernetzung zur Beratungsstelle und/oder eine Finanzierung unzureichend vorhanden sind.

Polizei und Justiz müssen gut ausgestattet sein, damit in Gewaltsituationen schnell eingegriffen und geahndet werden kann. Wir begrüßen es, wenn die Polizei Anstrengungen unternimmt mehr Frauen – auch mit Migrationshintergrund – für den Polizeidienst zu gewinnen. Dies erleichtert es gerade weiblichen Opfern von Gewalt, eine Aussage zu machen. Die Bundesländer bzw. Kommunen müssen Frauenhäuser und Beratungsstellen ausreichend finanzieren. Der Bedarf an Männerhäusern soll in den einzelnen Bundesländern erörtert werden.

WELCHE SCHRITTE PLANEN SIE ZUR UMSETZUNG DER ISTANBUL KONVENTIONEN, INSBESONDERE AUCH FÜR DEN AUSBAU DER ARBEIT MIT TÄTER*INNEN?

Siehe Antwort zu Frage 3.

WELCHE ANGEBOTE WERDEN SIE AUSBAUEN, UM KINDER SOWIE JUGENDLICHE BEI DER VERARBEITUNG VON HÄUSLICHER GEWALT ZU UNTERSTÜTZEN?

Wir Freie Demokraten wollen schulpsychologische Beratungsangebote ausbauen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter sollen an jeder Schule verfügbar sein. Wir wollen eine verstärkte Aufklärung über psychische Gesundheit an Schulen. Außerdem fordern wir eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) zur Entstigmatisierung psychischer Krankheiten. Die Stigmatisierung psychischer Erkrankungen führt dazu, dass Menschen zu spät eine Behandlung beginnen, unter Diskriminierung leiden und langsamer genesen. Aufklärung erleichtert es den Betroffenen, sich frühzeitig Hilfe zu holen und so schneller zu genesen.

Opfer von Gewalt im Internet und von Hasskriminalität wollen wir in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider erhalten. Mit Medienbildung bei Kindern und Jugendlichen sowie Weiterbildungen und Schulungen für Polizei und Justiz möchten wir Betroffene besser unterstützen.

Siehe hierzu auch die Antwort zu Frage 3.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Dr. Volker Wissing
Generalsekretär

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-261
programm@fdp.de